

Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Niederschrift

SGA/22/2007

der 22. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit - **öffentlicher Teil** -
am Donnerstag, dem 01.02.2007, 17:00 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Ratssaal

Anwesenheit:

Landrat

Gräfe, Christine

Vertretung für Herrn Sieghardt Rydzewski

Fraktion CDU

Arndt, Christiane

Blawatt, Hubert

Horny, Hans-Joachim Dr.

Fraktion SPD

Matzulla, Gabriele

ab 17:10 Uhr

Zehmisch, Martina

Fraktion Die Linke.PDS

Ebert, Barbara

Hübschmann, Klaus

ab 17:05 Uhr

Fraktion FDP

Bugar, Hans-Peter

beratende Mitglieder

Hanisch, Eberhard

Keiner, Dirk

Kunze, Harald Dr.

Lorenz, Kathrin

Lukasch, Ute

Fachdienstleiter

Hennig, Andrea

Weichelt, Steffi

weitere Teilnehmer

Drack, Sylvia
Landmann, Christian
Rauschenbach, Falk
Wiechert, Silvia

ARGE SGB II Altenburger Land
ARGE SGB II Altenburger Land
ARGE SGB II Altenburger Land
ARGE SGB II Altenburger Land

Entschuldigt:

Fraktion CDU

Golder, Barbara

dienstliche Gründe

Vorsitz: Gabriele Matzulla

Schriftführung: Barbara Hillig

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Frau Gräfe entschuldigt die Ausschussvorsitzende, sie ist terminlich verhindert und wird später zur Sitzung hinzukommen. Herr Dr. Horny, 2. stellvertretender Ausschussvorsitzender, eröffnet die 22. öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:

- 1 Information zum aktuellen Stand der Arbeit der ARGE SGB II (Ist 2006/Plan 2007)
- 2 Sonstige Informationen, Allgemeines
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung vom 16.11.06

TOP 1 Information zum aktuellen Stand der Arbeit der ARGE SGB II (Ist 2006/Plan 2007)

Frau Gräfe bittet Herrn Dr. Landmann um seine Ausführungen.

Herr Dr. Landmann bedankt sich für die Einladung. Er wird seine Ausführungen in 3 Blöcke unterteilen:

1. Entwicklung des Personalkörpers

2. Entwicklung des Haushaltes
3. Integrationsleistungen

Sofern es möglich ist, wird er auch die Planung für 2007 vorstellen.

Zur *Entwicklung des Personalkörpers* führt er aus, dass im Jahresmittel 2006 eine Gesamtpersonalausstattung von 170 Stellen vorgesehen war. Der Stand zum 01.02.2007 beträgt 172 Stellen. Diese gliedern sich wie folgt: 139 Stellen Agentur für Arbeit, 19 Stellen Landratsamt, 8 Stellen Stadt Altenburg, 1 Stelle Vivento und 5 Stellen im Rahmen von Amtshilfe aus anderen Einrichtungen. Von diesen 172 Mitarbeitern sind nach wie vor 43 befristet angestellt. Von den befristet eingestellten Mitarbeitern konnten 2006 13 Stellen in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Eine ähnliche Absicht besteht für 2007. Nähere Ausführungen möchte Herr Dr. Landmann im öffentlichen Teil der Sitzung nicht machen. In Anbetracht der tatsächlich anfallenden Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften denkt der Bund darüber nach, die befristeten Stellen nicht auslaufen zu lassen. Hierzu wird in der Trägervertretung am 16.02.2007 beraten.

Zur *Entwicklung des Haushaltes* berichtet Herr Dr. Landmann, dass im Jahr 2006 ein Verwaltungskostenhaushalt in Höhe von 7,5 Mio. € zur Verfügung stand. Der Verwaltungshaushalt 2006 wurde für Personal und Verwaltung voll ausgeschöpft. Der Bund, als Haushaltgeber, hat zu Beginn des Jahres 2007 die erste Eingliederungsmittelverordnung verabschiedet, die die Aufteilung des Bundeshaushaltes auf die einzelnen ARGEN bzw. SGB-II-Träger beinhaltet. Daraus ergeben sich die Mittel für Verwaltungskosten und Eingliederungsleistungen. Das Verwaltungskostenbudget 2007 verringert sich um ca. 500 T€ gegenüber 2006. Auch diese Problematik wird in der Trägervertretung am 16.02.2007 besprochen. Hierzu erfolgen keine weiteren Ausführungen im öffentlichen Teil der Sitzung.

Für den Eingliederungshaushalt standen im Jahr 2006 17,3 Mio. € Ausgabemittel zur Verfügung. Dieser Betrag konnte aus verschiedensten Gründen auch 2006 nicht voll ausgeschöpft werden. Der Haushalt 2007 für die Eingliederungsleistungen ist vom Bund mit einem Deckungsvermerk versehen worden in Höhe von 1 Mrd. €. Diese Mittel behält der Bund für die Deckung der passiven Leistungen (Leistungen im ALG II) zurück. Daraus ergibt sich, dass die Leistungen 2007 im Eingliederungshaushalt um 2,6 Mio. € gegenüber 2006 gekürzt worden sind. Auch hier werden sich Probleme ergeben. Zurzeit wird die Planung überarbeitet und am 16.02.07 mit den Trägervertretern besprochen.

Frau Matzulla ist ab 17:10 Uhr anwesend und übernimmt die Leitung der Sitzung.

Frau Gräfe unterbricht die Ausführungen von Herrn Dr. Landmann. Sie bezieht sich auf eine Pressemitteilung, dass für Schmölln die Bürgerarbeit bestätigt worden ist. Sie möchte wissen, ob hierfür zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, oder ob diese aus dem vorhandenen Budget finanziert wird.

Herr Dr. Landmann führt aus, dass es für dieses Projekt keine zusätzlichen Mittel geben wird. Von der konzeptionellen Seite ist dieses Projekt vergleichbar mit den ABM bzw. den Entgeltvarianten. Es gibt Vorstellungen dahingehend, entweder Gelder in die Bürgerarbeit oder aber Maßnahmen im Rahmen der Bürgerarbeit umzusetzen. Er weist darauf hin, nur wenn zusätzliche Mittel zur Verfügung stünden, könnten zusätzliche Stellen in ABM oder Entgeltvarianten geschaffen werden. Das Modellhafte der Bürgerarbeit besteht darin, dass ein hoher Anteil derjenigen Menschen, die in dieses Projekt einbezogen werden, aus der Arbeitslosigkeit heraus

kommt. Der Erfolg ergibt sich daraus, dass öffentlich geförderte Beschäftigung verrichtet wird und viele Menschen, die durch vorgeschaltete Leistungen im Rahmen eines solchen Vermittlungsverfahrens entweder über Eingliederungszuschüsse oder aber über Qualifizierungsleistungen direkt in Beschäftigung abgehen.

Bevor Herr Dr. Landmann zur *Planung 2007* Ausführungen macht, informiert er über die Verwendung der Mittel von 2006. Es wurden 4.116 reine Arbeitsmarktleistungen erbracht. Diese Leistungen werden ergänzt durch etwa 3.000 Mobilitätshilfen, so dass im Bereich der Integration eine Bewilligungssumme von insgesamt etwa 7.000 Anträgen bearbeitet worden ist.

Entsprechend der vorläufigen Planung für 2007 können ca. 2.500 bis 3.000 Integrationsleistungen, inklusive des Projektes Bürgerarbeit, erbracht werden.

Frau Matzulla bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Dr. Landmann und bittet die Anwesenden um ihre Fragen.

Frau Lukasch möchte wissen, wie viele von den Personen in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden konnten.

Herr Dr. Landmann führt aus, dass nach den bisher vorliegenden Zahlen (Dezember liegt noch nicht vor) 2.120 Menschen in Beschäftigung gebracht worden sind.

Herr Bugar fragt nochmals nach der Bürgerarbeit. Laut Aussagen von Herrn Dr. Landmann gibt es hierzu keine zusätzlichen Mittel, so dass eine Kürzung in anderen Bereichen erfolgen muss. Woher kommt der Optimismus, dass aus der Bürgerarbeit heraus schneller in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden kann?

Herr Dr. Landmann erklärt, dass analog der beiden vorangegangenen Jahre mit den Trägern, den Bürgermeister und VG-Vorsitzenden am 15.11.2006 ein Planungsgespräch durchgeführt worden ist. Hierbei wurde erläutert, dass eine Planung quartalsweise, ausschließlich öffentlich geförderte Beschäftigung, erfolgt. Es wird damit gerechnet, dass das Projekt Bürgerarbeit in Schmölln ab 2. Halbjahr begonnen wird. Es bestehen Optionen, Altenburg evtl. ab Herbst 2007 in dieses Projekt mit einzubeziehen, aber nur unter der Voraussetzung, dass zusätzlich noch öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Vom Planungsansatz für 2007 besteht nicht die Gefahr, dass zu Lasten anderer Kommunen und Gemeinden Stellen nach Schmölln verschoben werden müssen.

Der Optimismus für die Bürgerarbeit steckt im Kerngedanken des Projektes. Bürgerarbeit zielt darauf, passive Leistungen gegen aktive Leistungen zu ersetzen. Das heißt, jemand der ALG-II und Kosten der Unterkunft bezieht, soll dafür in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung arbeiten. Es sollen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Herr Bugar geht nochmals auf die Nichtinanspruchnahme von Mitteln im Jahre 2006 ein, was für eine Region mit einer Arbeitslosenquote wie im Landkreis Altenburger Land nicht akzeptabel ist. Er geht davon aus, dass es sich hierbei um Verfahrensfehler handelt.

Frau Matzulla unterstützt die Aussage von Herrn Bugar und weist darauf hin, dass diese Problematik mehrfach in den Ausschusssitzungen besprochen worden ist. Durch die späte Mittelbereitstellung ist vorprogrammiert, dass die Gelder nicht mehr verplant werden können. Es entsteht der Eindruck, dass dies so gewollt ist. Resultierend aus der Rückgabe von Geldern werden die Mittel jährlich immer weiter gekürzt. Sie hofft mit der Einführung der Bürgerarbeit, dass das Versprechen umgesetzt wird,

denjenigen Arbeitlosen Stellen für einen längeren Zeitraum und ohne Befristung anzubieten, die anderswo keine Chance haben.

Herr Dr. Landmann akzeptiert die Meinung von Frau Matzulla und bestätigt das Ansinnen der Bürgerarbeit wie es von ihr dargelegt wurde. Es ist eine beiderseitig positive Angelegenheit: Es gibt sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unbefristet und es gibt die Möglichkeit öffentliche Arbeit zu verrichten, die sonst liegen bleiben würde. Es handelt sich um ein Modellprojekt und die Bundespolitik wird darüber zu befinden haben, ob diese Möglichkeit in den Regelleistungskatalog aufgenommen werden kann.

Die Rückgabe der Gelder ist auch von der Agentur nicht gewollt. Die durch Frau Wiechert vorgenommene Kalkulation hat ergeben, dass man schlagartig noch 7.000 Menschen in Arbeitsgelegenheiten hätte bringen müssen, wenn man dieses Geld noch hätte ausgeben wollen. Ein Brief vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Staatssekretär Anzinger, zur Eingliederungsverordnung für 2007 beinhaltet u. a. die Passage, dass der Sperrvermerk für 1 Mrd. € u. a. dadurch gerechtfertigt sei, dass die ARGEN nicht in der Lage gewesen sind, das Geld entsprechend auszugeben.

Frau Matzulla bedankt sich für die Ausführungen und schließt diesen TOP.

TOP 2 Sonstige Informationen, Allgemeines

Frau Gräfe informiert zum Frühwarnsystem. Entsprechend einem Antrag der CDU-Fraktion wurden Haushaltsmittel unter der Position sonstige Maßnahmen der Jugendhilfe – Projekt Frühwarnsystem – eingestellt. Hierzu konnten bis zum 15.12.2006 beim Ministerium Modellvorhaben beantragt werden. Es wurde im Vorfeld dazu in einer Arbeitsgruppe ein Grobkonzept erarbeitet, allerdings sind die Mittel, die das Ministerium zur Komplementärfinanzierung bereitstellt, zur Umsetzung des Vorhabens nicht ausreichend. Für einen Landkreis oder eine Stadt werden maximal 20 T€ Fördermittel bereitgestellt. Unter diesen Bedingungen ist der Landkreis zurzeit nicht in der Lage, das Modellvorhaben in dieser Form umzusetzen. Sollten sich für den Landkreis andere Voraussetzungen ergeben, wird Frau Gräfe in der Ausschusssitzung berichten und das vorliegende Konzept zur Beratung vorstellen. Die bereits eingestellten Mittel im Haushalt müssen aufgestockt werden, so dass an anderen Stellen Mittel gekürzt werden müssten. Die Umsetzung soll in 2 Stufen geschehen. Es soll eine Anbindung an die Hebammenbetreuung erfolgen und Aufbau von Netzwerken sowie Präventions- und Schutzmaßnahmen für Kinder bis zum Kindergarten eintritt. Im März 2007 soll mit diesem Projekt begonnen werden. Falls die Stelle, die gegenwärtig im Haushalt nicht vorhanden ist, noch eingestellt werden muss, müsste eine Ausschusssitzung einberufen werden.

Frau Matzulla fragt nach dem Unterschied der o. g. Ausführungen zur Richtlinie Frühförderung von Kindern im Vorschulalter.

Frau Gräfe erklärt, dass es sich hierbei um ein Frühwarnsystem handelt und in der zu beratenden Vorlage geht es um Frühförderung.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung vom 16.11.06

Die Niederschrift SGA 21/2006 über die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 16.11.2006 wird bei 1 Stimmenthaltung mehrheitlich genehmigt.

Die Ausschussvorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:30 Uhr und verabschiedet die Gäste. Herr Dr. Landmann und Frau Wiechert werden im nicht öffentlichen Teil der Sitzung noch für Ausführungen und Fragen anwesend sein.

Altenburg, den 23.02.07

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Gabriele Matzulla
Ausschussvorsitzende

Barbara Hillig